Die Anwendung städtebaulicher Verträge gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB)

Beschluß

des Stadtplanungsausschusses

vom 18.03.1999

öffentlicher Teil

Einstimmig beschlossen

I. 1. In der Stadt sollen grundsätzlich in den nachfolgenden Fällen städtebauliche Verträge zur Abdeckung der Planungsfolgekosten angestrebt werden, wenn

- ❖ bisher im FNP als landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Flächen sowie als Grünflächen dargestellte Grundstücke in Verbindung mit der derzeit laufenden Neuaufstellung des FNP (angestrebte Billigung bis 2002) dem Wohnungsbau,
- ❖ im FNP als Sonderbauflächen für Gemeinbedarf bzw. als Flächen für Bahnanlagen dargestellte Grundstücke einer Wohnnutzung
- und
- ❖ im FNP als Sonderbauflächen für sonstige Zwecke (ehem. Militärfächen) einer Wohn- und gewerblichen Nutzung

zugeführt werden sollen.

Die Einzelfälle sind im Stadtrat zu beschließen

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anwendung des Instrumentes der städtebaulichen Verträge gemäß § 11 BauGB im Rahmen eines Arbeitskreises mit Vertretern der Wohnungswirtschaft und Mitgliedern der Stadtratsfraktionen und -gruppen zu erörtern. Über das Ergebnis der Gespräche soll berichtet werden.

II. Referat VI / Stpl

Der Vorsitzende:
i. V.

Wim Zwick

Der Referent:

[Handwritten signature]

Die Schriftführerin:

Zefie

Be